

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Nachbarschaftsausschusses Landkreis Mainz-Bingen - Stadt Mainz**  
**am 14.10.2014, 16.00 Uhr, im Rathaus Mainz, Valencia-Zimmer**

Teilnehmer:

Herr Oberbürgermeister Michael Ebling - Vorsitzender  
Herr Erster Kreisbeigeordneter J. Adam Schmitt (Vertretung für Herrn Landrat Claus Schick)-  
stellvertr. Vorsitzender

**Mitglieder Landkreis Mainz-Bingen:**

Frau Ute Granold (KrTM)  
Frau Anette Haug (KrTM), in Vertretung für Mitglied Dorothea Schäfer, MdL  
Frau Rita Drescher (KrTM), in Vertretung für Mitglied Michael Reitzel  
Herr Bürgermeister Ralph Spiegler (KrTM)  
Herr Erwin Malkmus (KrTM)  
Herr Klaus Reinheimer (KrTM), in Vertretung für Mitglied Pia Schellhammer, MdL  
Entschuldigt: Patric Müller (KrTM) für Michael Hartmann, MdB

**Mitglieder Landeshauptstadt Mainz:**

Frau Anette Odenweller (StRM), in Vertretung für Mitglied Wolfgang Reichel, MdL  
Frau Ursula Groden-Kranich, MdB  
Frau Martina Kracht (StRM)  
Herr Dr. Brian Huck (StRM)  
Frau Dr. Eleonore Lossen-Geissler (StRM)  
Herr Matthias Gill

**Verwaltung Landkreis Mainz-Bingen:**

Herr Kreisbeigeordneter Burkhard Müller  
Frau Barbara Krause  
Herr Thomas Zöllner

**Verwaltung Landeshauptstadt Mainz:**

Herr Beigeordneter Kurt Merkator  
Herr Franz Ringhoffer  
Frau Ulrike Andres  
Herr Markus Biagioni  
Frau Elke Höllein  
Herr Erwin Brod  
Herr Jan Jahns  
Herr Dr. Michael Schmitz  
Herr Axel Strobach  
Herr Dr. Stephan Kerbeck  
Frau Stefanie Reisch  
Herr Hans Schiller

**Weitere Teilnehmer**

Frau Cornelia Willius-Senzer (StRM)  
Herr Dr. Claudius Moseler (StRM)

## **Tagesordnung:**

1. Möbelmarkt Bingen
2. Zusammenarbeit von Stadt, Landkreis und regionaler Energieagentur bei Themen zur regenerativen und effizienten Energienutzung
3. Kooperation des Naturhistorischen Museums mit dem Museum der Kaiserpfalz – ein Zwischenbericht
4. Rheinhessen 2016 (Austausch/Aktivitäten)
5. Planungen der Mainzer Messegesellschaft in Mainz-Hechtsheim
6. Planung der Vorrangflächen für Windkraftanlagen
7. Sachstandsbericht zur Neustrukturierung der Berufsbildenden Schulen in Stadt und Landkreis
8. Sachstandsbericht zur Fortschreibung der Schulentwicklungspläne in Stadt und Landkreis
9. Verschiedenes

Herr Oberbürgermeister Ebling begrüßt die Teilnehmer und eröffnet die Sitzung. Frau Haug wird von Herrn Ersten Kreisbeigeordneten Schmitt als Ausschussmitglied verpflichtet.

### **TOP 1: Möbelmarkt Bingen**

Herr Oberbürgermeister Ebling berichtet, dass die Stadt Bingen die Ausweisung eines Sondergebietes für ein großflächiges Möbelhaus im Gewerbepark Bingen-Sponsheim direkt am Autobahndreieck Nahetal plant. Dieses soll aus einem Möbelhaus und einem Mitnahmemarkt bestehen und soll die Größe von Möbel-Martin in Hechtsheim mit ca. 45.000 qm Verkaufsfläche umfassen. Mittlerweile habe die Stadt Mainz eine Stellungnahme im laufenden Raumordnungsverfahren (einschließlich Zielabweichungsverfahren) abgegeben. Im Vorlauf dazu gab es einen Informationsaustausch zwischen Mainz, Bad Kreuznach und Ingelheim und eine gutachterliche Überprüfungen der für das Raumordnungsverfahren von der Fa. BBE erstellten Auswirkungsanalyse.

Die Stadt Mainz erkenne grundsätzlich den Wunsch der Einwohner im Mittelbereich Bingen nach einem adäquaten Möbelhaus zum ortsnahen Einkauf an, jedoch sei der wesentliche raumordnerische Kritikpunkt an dem Vorhaben, die Überdimensionierung des Vorhabens in Bezug auf den Mittelbereich Bingen, der Maßstab für die Einzelhandelsversorgung sein sollte. Selbst die vorhabeneigene Auswirkungsanalyse von BBE mache dies mehr als deutlich. Im Ergebnis bedeute dies eine Neuverteilung der zur Verfügung stehenden Kaufkraft in der Region. Damit entstehe eine verschärfte Konkurrenzsituation nicht nur für die Mainzer Möbelhäuser, sondern auch für die Mittelzentren in der Region, die ihrer Bevölkerung ebenfalls ein adäquates Angebot machen möchten. Herr Oberbürgermeister Ebling verstehe daher die Ablehnung und Sorge der Gemeinden im Landkreis gegenüber dem Vorhaben.

Frau Groden-Kranich begrüßt die in der Stellungnahme vorgebrachte Kritik der Stadt Mainz und betont nochmals, dass die Planungen des Möbelhauses in Bingen überdimensioniert seien.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Schmitt erläutert, dass der Landkreis das Konzept geprüft und mit den Zielen und Grundsätzen des Landesentwicklungsprogramms IV abgeglichen habe. Grundsätzlich würde die Ansiedlung eines Möbelhauses begrüßt, jedoch müsse die Größe des Vorhabens an das Mittelzentrum Bingen angepasst werden.

Herr Oberbürgermeister Ebling erklärt, dass die Kreisverwaltung, die Städte Bad Kreuznach und Ingelheim sowie die Landeshauptstadt Mainz unabhängig voneinander ihre Stellungnahmen einbringen werden.

## **TOP 2: Zusammenarbeit von Stadt, Landkreis und regionaler Energieagentur bei Themen zur regenerativen und effizienten Energienutzung**

Herr Jahns berichtet, dass Anfang des Jahres das Regionalbüro Rheinhessen-Nahe der Energieagentur RLP eingerichtet wurde. Bisher bestehen nur sporadische Kontakte und über Konzepte, Arbeitsschwerpunkte und Planungen der Agentur informieren punktuell eingehende Einladungen zu Veranstaltungen. Folglich sei eine regionale Vernetzung der kommunalen Energieberater notwendig und sinnvoll. Herr Jahns schlägt daher vor, dass das Umwelt- und Energieberatungszentrum UEBZ des Landkreises mit dem Grün- und Umweltamt der Stadt Mainz gemeinsam zu einem Treffen der Akteure von Stadt und Landkreis einladen, um einen Austausch zu befördern und ggf. gemeinsame Projekte auf den Weg zu bringen und abzustimmen.

Zu den Akteuren zählen u.a. mit Energie- und Klimaschutz befasste Mitarbeiter aus Stadt, Kreis und Verbandsgemeinden, Architektenkammer, Kreishandwerkerschaft, Energiegenossenschaften, Energieversorger, Volksbanken und Sparkassen.

Folgende aktuelle Themen für den Austausch und Kooperation seien denkbar:

- Photovoltaik-Anlagen auf Dächern oder Freiflächen: Die Bildung einer gemeinsamen Gruppe, um ein Angebot für die nach EEG 2014 geplante Ausschreibung von PV-Freiflächenanlagen abzugeben, voraussichtliche Losgröße wären 25 MW. (Dies können nur größere Unternehmen oder Zusammenschlüsse von Interessenten erbringen; Einzelanlagen haben in der Regel eine wirtschaftliche Größe von ca. 5 MW).
- Energieeffizienz im Gewerbe (gemeinsame Beratungsangebote, Info-Kampagnen)
- Best-Praxis-Beispiele für kommunale Lösungen (u.a. Schulsanierungen, PV auf öffentlichen Gebäuden usw.)

Der Nachbarschaftsausschuss beauftragt das Grün- und Umweltamt der Stadt Mainz, die Initiative zu ergreifen und zu einem Koordinierungstermin einzuladen.

## **TOP 3: Kooperation des Naturhistorischen Museums mit dem Museum der Kaiserpfalz – ein Zwischenbericht**

Herr Dr. Schmitz berichtet, dass das Jahr der Wissenschaft 2011 der Anfang einer engen Kooperation des Naturhistorischen Museums mit der Stadt Ingelheim, zunächst über die Wissenschaftsallianz bis zur „Initial“-Ausstellung „Wie ein Medikament entsteht“ zusammen mit Boehringer-Ingelheim, war. Aus dieser gelungenen Zusammenarbeit ging eine Museumskooperation zwischen dem Museum bei der Kaiserpfalz Ingelheim und dem Naturhistorischen Museum Mainz hervor. Jedoch schon seit 1993 betreut das Naturhistorische Museum die Carlo von Erlanger Sammlung für das Museum bei der Kaiserpfalz.

Die inhaltliche Zusammenarbeit begann 2011, besonders zwischen den beiden sehr gut aufgestellten museumspädagogischen Abteilungen. Die Zusammenlegung der fachübergreifenden wissenschaftlichen Kompetenz der beiden Häuser und die personelle Unterstützung, Vorbereitung und Finanzierung bei gemeinsamen Veranstaltungen zeugen von einer fruchtbaren Zusammenarbeit. Des Weiteren bestehe nicht nur ein Mehrertrag für die Museumsgäste, da Themen aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet würden und somit das Angebot interessanter mache, sondern auch für die Museen, die durch das Bewerben des Partnermuseums auch neue Besuchergruppen erschließen.

Der erste gemeinsam veranstaltete Familientag zum Thema „Steinzeit“ war ein voller Erfolg. Daraufhin folgten Veranstaltungen zu den Themen „Der Kräutergarten Karls des Großen“ oder „Geschichten von Pferden“ und „Ein Elefant für den Kaiser“.

Herr Dr. Schmitz erklärt, dass die erfolgreiche Kooperation fortgeführt und ausgebaut werden solle. Zukünftig würde sich die Person „Carlo von Erlanger“ als neue gemeinsame Veranstaltungsreihe anbieten. Weitere Kooperationen seien denkbar, so wäre auch das Gutenberg-Museum Mainz an einer Partnerschaft interessiert. Für die Zukunft wünsche sich Herr Dr. Schmitz eine Fortsetzung der Zusammenarbeit, weitere erfolgreiche gemeinsame Veranstaltungen und die wohlwollende Unterstützung von beiden Trägern, auch für größere Projekte.

#### **TOP 4: Rheinhessen 2016 (Austausch/Aktivitäten)**

Herr Oberbürgermeister Ebling berichtet, dass Rheinhessen im Jahr 2016 sein 200-jähriges Bestehen feiere. Seit mehr als fünf Jahren laufen intensive Vorbereitungen unter der Federführung einer von Herrn Eckes geführten Gruppe. Ein Projektbüro, betreut durch die Agentur Bartenbach, sei mit dem Management und dem Marketing des Jubiläumsjahres seit 2014 betraut. Jenseits dieser Akteure beteiligen sich auch Landkreis, Kommunen, die Vereine „Rheinhessen Marketing“ und „Förderverein 200 Jahre Rheinhessen“ und viele weitere Interessenten an den Vorbereitungen.

Herr Oberbürgermeister Ebling weist darauf hin, dass 2016 folgende Veranstaltungen im Rahmen des Jubiläumsjahres vorgesehen seien: Rheinland-Pfalz Tag in Alzey und ein Festakt im Staatstheater Mainz. Auch die Stadt Mainz habe mit den vorbereitenden Aktivitäten für das Jubiläumsjahr begonnen; stadintern habe sich 2013 bereits unter Federführung der Öffentlichkeitsarbeit ein Arbeitskreis zur Koordinierung gegründet, u.a. soll die Jahreshauptversammlung der „Great Wine Capitals“ in Mainz stattfinden.

Herr Kreisbeigeordneter Müller erläutert, dass die Eckpunkte und großen Termine stehen, u.a. werde die Wahl der Deutschen Weinkönigin in Rheinhessen stattfinden. Der Verein „Rheinhessen Marketing“ habe eine gemeinsame Marke entwickelt unter der die gemeinsamen Veranstaltungen vermarktet werden können. Termine und Ideen zu Rheinhessen 2016 können an das Rheinhessen Marketing gemeldet werden. Diese würden dann in einem gemeinsamen Programm veröffentlicht.

Herr Oberbürgermeister Ebling informiert, dass das Jubiläumsjahr unter dem Motto „Rheinhessen – ganz schön anders!“ steht.

#### **TOP 5: Planungen der Mainzer Messegesellschaft in Mainz-Hechtsheim**

Herr Oberbürgermeister Ebling bittet die Mitglieder des Landkreises, den von ihnen eingebrachten Tagesordnungspunkt zu erläutern.

Herr Spiegler wünscht, dass die Umlandgemeinden von der Stadt Mainz und nicht erst von der Presse von weiteren Verfahrensschritten unterrichtet werden. Es bestehe Informationsbedarf bzgl. der Planungen.

Frau Granold sieht bei der geplanten Messehalle ebenfalls Informationsdefizite gegenüber der Gemeinde Klein-Winternheim. Sie hält eine frühzeitige Beteiligung der benachbarten Ortsgemeinden für unerlässlich. Es bestehe die Sorge, dass aufgrund von veröffentlichten Ausbauplanungen der Mainzer Messegesellschaft die Bewohner mit verstärkten Immissionen belastet würden.

Herr Oberbürgermeister Ebling erklärt, dass, sobald die behördliche Planreife vorliege, die betroffenen Gemeinden informiert und in die Planungen einbezogen würden.

Herr Ringhoffer fügt hinzu, dass die GVG die Grundstücke im Wirtschaftspark verwalte und in 5 bis 10 Jahren keine freien Gewerbeflächen mehr zu Verfügung ständen. Der Vertrag mit der Messegesellschaft laufe nächstes Jahr aus, daher müsse der Vertrag um weitere fünf Jahre verlängert werden, um die Zukunft und den Standort dauerhaft zu sichern. Im Vorfeld seien Alternativstandorte geprüft worden. Die Messe solle auch zukünftig an dieser Stelle, aber auf einer reduzierteren Fläche erhalten bleiben und die freiwerdenden Flächen können als Gewerbeflächen genutzt werden. Die Messe solle in einer festen Halle untergebracht werden, jedoch sei bisher keine Rede von einer Konzert- bzw. Multifunktionshalle gewesen. Die Berichterstattung über eine Errichtung einer Konzert- bzw. Multifunktionshalle seien Spekulationen in der Presse gewesen, die im Zusammenhang mit der Aufgabe der Phönix-Halle entstanden sein könnten. Nach neuesten Informationen habe die Phönix-Halle auf der ExpoReal einen neuen Betreiber gefunden. Herr Ringhoffer betont, dass sobald konkrete Planungen vorlägen, die Gremien zeitnah informiert würden.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Huck, wann mit einem Verkauf des Grundstückes zu rechnen sei, antwortet Herr Ringhoffer, dass erst die Rahmenbedingungen für die Investoren geschaffen würden und ein Bauantrag vorliegen müsse, ehe Auskunft darüber gegeben werden könne.

Frau Granold bestätigt, dass auch nach ihrem jüngsten Informationsstand die Presseberichte zu spekulativ waren. Sie wünscht sich aber gerade deswegen, dass die Ergebnisse der Gespräche zeitnah transportiert würden. Die Ortsgemeinde habe Kenntnis von den Plänen der Mainzer Messegesellschaft und den Zuwegungen. Es müsse früher und offener kommuniziert werden und nicht erst bei einem vorliegenden Bauantrag.

Herr Oberbürgermeister Ebling sagt dies zu, betont aber dass die Stadt nicht berechtigt sei, private Informationen preiszugeben.

Herr Brod erklärt, dass es seitens der Mainzer Messegesellschaft erste planerische Überlegungen, aber keine konkreten Darstellungen gebe. Es fand bisher ein erstes bauaufsichtliches Beratungsgespräch im Vorfeld statt. Die Messegesellschaft wird zu gegebener Zeit auf das Bauamt mit konkreten Planungen zukommen.

Herr Malkmus erkundigt sich nach dem derzeit bestehenden Baurecht für die Fläche.

Herr Brod erklärt, dass auf der Gewerbefläche nach der Baunutzungsverordnung die Messe als gewerblicher Betrieb zulässig sei. Im Falle einer Ausbauplanung für eine Konzerthalle, müssten konkrete Planungen dargelegt werden, um städtebauliche Auswirkungen prüfen zu können.

Frau Granold merkt an, dass Vergnügungsstätten im Gebiet unzulässig seien.

Herr Brod erwidert, dass eine Veranstaltungshalle kein baurechtlicher Begriff sei und deshalb zurzeit keine Bewertung möglich sei.

## **TOP 6: Planung der Vorrangflächen für Windkraftanlagen**

Frau Granold erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Windkraftanlagen auf Mainzer Gemarkung.

Herr Jahns berichtet, dass dem Grün- und Umweltamt als zuständiger unteren Immissionschutzbehörde zahlreiche Anträge zur Errichtung von WEA im Raum Hechtsheim/Ebersheim vorliegen. Das letzte Gespräch mit den Antragstellern fand im April 2014 statt; offizieller Antragsteller sei jetzt RIO-Energie, die auch für die bereits am 23.02.2011 gestellten Anträge für drei von juwi gestellten Anträge auf Hechtsheimer Gemarkung eintreten. Die 2011 gestellten Antragsunterlagen müssen geändert und vervollständigt werden, da sie so nicht bescheidungsfähig seien. Die Antragsabgabe war für Sommer 2014 vorgesehen, da der Antragsteller noch 2014 eine Ge-

nehmung zum Bau und Betrieb der drei Anlagen anstrebte. Bis dato seien aber keine ergänzenden Unterlagen eingegangen. Deshalb könne auch für die drei verbliebenen Anträge aufgrund des fortgeschrittenen Jahres keine Genehmigung mehr im Jahr 2014 erteilt werden.

Die Antragsteller wollten alle Anträge für den Ebersheimer Raum zurückziehen, dies sei bisher nicht geschehen. Die Anlagen seien jedoch auch nicht genehmigungsfähig, da sie außerhalb von Vorrangflächen liegen. Ein für November terminiertes Gespräch zwischen Frau Beigeordneten Eder und Herrn Höhne zu dem Thema soll zunächst abgewartet werden. Sollten die anhängigen Anträge nicht von den Antragstellern zurückgezogen werden, seien diese seitens der Genehmigungsbehörde negativ zu bescheiden. Auf die Frage von Herrn Malkmus nach der Anzahl der geplanten Anlagen, antwortet Herr Jahns, dass es sich um 6 Anlagen handele. Des Weiteren gibt er an, dass die im Jahresdurchschnitt rückläufige Windhöflichkeit und die EEG-Reform ein Grund für die Rücknahme der Anträge darstelle.

Herr Malkmus sieht darin auch die Ursache für die Reduzierung der geplanten WEA in Klein-Winternheim von 5 auf 2.

#### **TOP 7: Sachstandsbericht zur Neustrukturierung der Berufsbildenden Schulen in Stadt und Landkreis und**

#### **TOP 8: Sachstandsbericht zur Fortschreibung der Schulentwicklungspläne in Stadt und Landkreis**

Herr Beigeordneter Merkator erklärt, dass es sich bei der gemeinsamen Schulentwicklungsplanung seit 2012/2013 um einen langen gemeinsamen Prozess handelt. Das Ziel ist der Abbau der Doppelstrukturen und die Konzentration von Berufsbildenden Schulen mit dem Ziel einer Qualitätsverbesserung. Mittel- und langfristig sollen die Standorte Bingen, Ingelheim und Mainz gesichert werden und nach Beschlüssen im Kreistag und Stadtrat wurde ein gemeinsamer Schulträgersausschuss gebildet.

Zum laufenden Schuljahr 2014/2015 wurden folgende Verlagerungen umgesetzt:

- Verlegung der Ausbildung der Bankkaufleute von BBS Bingen an die BBS Mainz III
- Verlegung der bautechnischen Ausbildungsberufe von der BBS Ingelheim an die BBS Mainz I
- Verlagerung der Ausbildung der Chemielaborantinnen und Chemielaboranten von der BBS I an die BBS Ingelheim
- Verlagerung der Ausbildung der elektro- und informationstechnischen Berufe von der BBS Bingen an die BBS Mainz I sowie
- Verlagerung der Ausbildung kaufmännischer Berufe im Bereich Spedition/Logistik von der BBS Mainz III an die BBS Bingen.

Für folgende Verlagerungen laufen derzeit noch Einigungsstellenverfahren im Ministerium:

- Verlagerungen der Ausbildung der Friseurinnen und Friseure von der BBS Bingen und der BBS Mainz I an die BBS Ingelheim und
- die Verlagerung der Ausbildung für metall- und kraftfahrzeugtechnische Berufe von der BBS Mainz I an die BBS Bingen.

Nach Aussage der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion bestehe bei den beteiligten Personalräten noch Erörterungsbedarf. Herr Beigeordneter Merkator ist optimistisch, dass bis Ende 2014 eine Entscheidung getroffen wird, so dass ein Gesamtplan für die BBSen am Hartenberg erstellt werden kann.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Schmitt bestätigt die schnelle Umsetzung und lobt die vorbildliche Zusammenarbeit.

Herr Beigeordneter Merkator berichtet, dass die Stadt Mainz mit der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für die Jahre 2015-2020 als Fortschreibung der bestehenden Pläne beauftragt wurde. Angesichts der Änderungen des Schulgesetzes hinsichtlich der Inklusion erachtete er eine gemeinsame Betrachtung der Förderschulen in Stadt und im Landkreis als sinnvoll, so dass auch

hier ein gemeinsamer Schulentwicklungsplan mit dem Landkreis beantragt wurde. Die notwendige Datenerhebung sei noch nicht abgeschlossen, die zuständigen Ausschüsse würden sobald die Daten vorliegen, informiert.

Herr Spiegler weist auf die mögliche Umverteilung der Bankkaufleute hin, wenn der Ausbildungsstandort von Bingen nach Mainz verlagert wird. Es bestehe die Gefahr, dass die Auszubildenden den Ausbildungsort Bad Kreuznach gegenüber Mainz vorziehen könnten.

Herr Beigeordneter Merkator entgegnet, dass die Kapazitäten entsprechend angepasst würden, falls die Schülerzahlen zurückgehen. Bisher sei davon noch nichts zu spüren.

## TOP 9: Verschiedenes

Herr Malkmus schlägt als Thema der interkommunalen Zusammenarbeit die Klärschlammverbrennung vor und möchte Informationen über den Sachstand. In der Mainzer Koalitionsvereinbarung sei die Anlage nicht mehr Gegenstand der Planung. Für die weitere Planung sei eine konkrete Aussage, wie es mit der Klärschlammverbrennungsanlage in Mombach weitergehe, aber unerlässlich.

Herr Oberbürgermeister Ebling erklärt, dass dieser Sachverhalt in einem anderen Zusammenhang geklärt werden müsse.

Frau Granold erkundigt sich nach der Umsetzung des Fahrradweges zwischen Ebersheim, Klein-Winternheim und Marienborn. Auf Klein-Winternheimer Seite sei die Planung und Finanzierung abgeschlossen. Sie schlägt vor, obwohl die Stadt kein Geld zur Verfügung habe, im Haushalt nach einem Restbudget zu suchen. Die Fertigstellung würde deutlich zur Sicherheit der Radfahrer beitragen.

Herr Oberbürgermeister Ebling entgegnet, dass die Ausgaben von der ADD freigegeben werden müssten und, da es sich um eine nicht unabweisbare Ausgabe handele, würde dies aller Voraussicht nach negativ beschieden werden.


Herr Strobach ergänzt, dass an der Umsetzung großes Interesse bestehe, aber zuvorderst die Prioritätenliste abgearbeitet werden müsse. Das Budget für die Radwegeplanung sei klein.

Herr Erster Kreisbeigeordnete Schmitt berichtet, dass auch bei drei Baumaßnahmen im Landkreis die Mittel auf ein Viertel vom LBM gekürzt wurden. Es müsste über eine Finanzierung aus Eigenmitteln nachgedacht werden.

Herrn Oberbürgermeister Ebling ist die problematische Finanzierung bekannt.

Herr Oberbürgermeister Ebling bedankt sich für die Diskussionsbeiträge und schließt die Sitzung um 17.20 Uhr.

Stadt Mainz, 20. November 2014

  
Ebling  
Oberbürgermeister

für die Richtigkeit:

  
Reisch  
Schriftführerin

